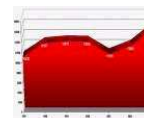


Info-Grafik Sozialpolitik

Das SPD-Rentenkonzept Gefangen im rot-grünen Paradigmenwechsel



Herr, die Not ist groß!
Die ich rief, die Geister,
werd' ich nun nicht los.
Johann Wolfgang von Goethe

So etwa geht es der SPD derzeit in Sachen Rentenpolitik. Sie bleibt Gefangene des rot-grünen Paradigmenwechsels der vergangenen Dekade, von dem sich los zu sagen die Kräfte noch fehlen. Nach Monaten der Vorarbeit hat Parteichef Gabriel nun ein Konzept vorgelegt. »Altersarmut bekämpfen. Lebensleistung honorieren. Flexible Übergänge in die Rente schaffen« – so die Losung. Ab 2014 soll die ganze Geschichte unter einer dann SPD-geführten Bundesregierung umgesetzt werden.

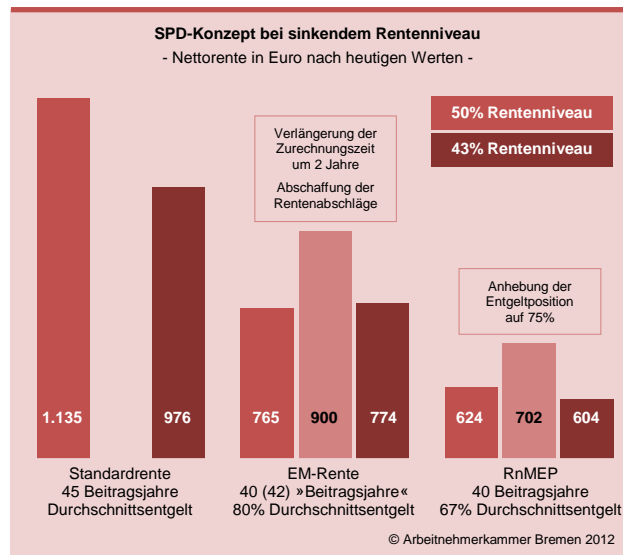
Am heutigen Montag beratschlagt der Parteivorstand über das Werk. Unterm Strich geht es den Parteioberen um nicht mehr und nicht weniger, als darum, die verheerenden Folgen der rot-grünen Deregulierungspolitik der vergangenen Dekade für die Alterssicherung wieder einzufangen und der Gefahr steigender Altersarmut vorzubeugen. Da aber die weitere Senkung des Rentenniveaus von heute 50 Prozent auf perspektivisch 43 Prozent nicht zur Disposition gestellt wird, muss der Versuch im Ansatz scheitern. Denn eine lebensstandardsichernde und strukturell armutsfeste Rente ist ohne Stopp der Niveausenkung nicht zu haben.

Weil die SPD daran aber nicht rütteln will, lässt sie nicht nur die künftigen Rentner, sondern auch die rund 20,5 Millionen Bestandsrentner im Regen stehen. Sofern diese das Jahr 2030 noch erleben sinkt auch ihr Rentenniveau bis dahin um weitere 14 Prozent, ohne dass sie vom SPD-Plan »profitieren«. Denn alle vorgesehenen Maßnahmen sollen nur für Rentenanzugänge ab dem Jahr 2014 gelten. Das bedeutet unter anderem:

- Heute bereits dauerhaft voll Erwerbsgeminderte bleiben auf ihren Rentenabschlägen von bis zu 10,8 Prozent bis an ihr Lebensende sitzen und auch die geplante Verlängerung der Zurechnungszeit um zwei Jahre hat für sie keine Bedeutung.
- Die zwei zusätzlichen Babyjahre für Geburten vor 1992 übergehen alle Frauen, die zum Start des SPD-Plans bereits Rente beziehen; für gut 21 Millionen im Rentenbestand erfasste Geburten vor 1992 bleibt es bei nur einem Babyjahr für die Rente.
- Alle Versicherten mit Niedriglohnzeiten nach 1991 sowie alle Arbeitnehmer mit Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit, die vor 2014 verrentet werden, haben weder etwas von der in Aussicht gestellten Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten (RnMEP) noch von der besseren Bewertung der Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe oder von ALG II.
- Und auch die aufstockende »Solidar-Rente« für Niedrigrentner mit 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren – eine Art Grundversicherung »de luxe« von bis zu 850 Euro – soll nur für Rentenanzugänge gelten.

Und wie stellt sich die Perspektive derjenigen dar, die vom Rentenkonzept »profitieren«? Ein dauerhaft voll Erwerbsgeminderter beispielsweise, der einschließlich der heutigen Zurechnungszeit (bis zum Alter 60) auf 40 »Beitragsjahre« kommt und 80 Prozent des Durchschnitts verdient hat, kann wegen der 10,8 Prozent Abschlag eine Nettorente von 765 Euro erwarten. Die SPD will die Abschläge abschaffen und die Zurechnungszeit um zwei Jahre auf das Alter 62 verlängern. Dadurch steigt die Nettorente auf 900 Euro. Die weitere Rentenniveausenkung auf 43 Prozent macht

aber alle Anstrengungen zunichte – die Nettorente fällt bis 2030 wieder auf ihren derzeitigen Stand.



Ein weiteres Beispiel: Der 67-Prozent-Verdiener erhält nach 40 Beitragsjahren ohne Anhebung seiner Entgeltposition eine Nettorente von 624 Euro. Ihn will die SPD auf 75 Prozent heben – seine Rente steigt damit auf 702 Euro. Hiervon bleiben wegen der Niveausenkung im Jahr 2030 aber nur noch 604 Euro übrig – das ist weniger als nach heutigem Stand und ohne Aufwertung.

Kosten einer Stabilisierung des Rentenniveaus bei 50 Prozent ...

	... über die gesetzliche Rente ¹		... über die betriebliche AV ²	
	Beitragsatz 2030	Mrd. Euro	Gehaltsanteil ab sofort	Mrd. Euro
Mehrkosten	+ 3,0%	+ 33,0	+ 6,0%	+ 55,5
davon: ArbN	+ 1,5%	+ 16,5	+ 6,0%	+ 55,5

¹ einschließlich anteiligem Bundeszuschuss ² einschließlich staatlicher Förderung
© Arbeitnehmerkammer Bremen 2012

Gegen die Stabilisierung des Rentenniveaus sprechen der SPD-Kommission zufolge die Kosten: »Um ein Rentenniveau von 50% im Jahre 2030 sicherzustellen, müsste der Rentenversicherungsbeitrag (...) dann rund 25% betragen (statt der bislang geplanten 22 %).« Das entspricht Zusatzkosten von rund 33 Milliarden Euro im Jahr 2030, die sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber teilen müssten. Stattdessen will das SPD-Konzept alle Arbeitnehmer verpflichtend in eine kapitalgedeckte betriebliche Altersversorgung einbeziehen – mit der Möglichkeit des individuellen Ausstiegs (»opting-out«). Der SPD-Rechnung zufolge wäre die Umwandlung von zwei Prozent des Gehalts ausreichend, um die künftige Rentenlücke zu schließen. Schon heute aber haut die Sache mit dem doppelten Aufwand (vier Prozent »Riester-Prämie«) nicht hin. Soll zudem noch das Erwerbsminderungsrisiko nicht nur verpflichtend, sondern auch vergleichbar der gesetzlichen Rente (vor allem mit einer Zurechnungszeit) abgesichert werden, müssten ab sofort schon rund sechs Prozent des Gehalts in den Aufbau betrieblicher Anwartschaften fließen. Um die Lücke *ausschließlich* künftiger Rentenzugänge in etwa 30 Jahren zu schließen, fällt somit *unmittelbar* ein Zusatzaufwand von jährlich 55 Milliarden Euro an; über die gesetzliche Rente wäre das gleiche Ziel – und zwar für *alle* Rentner und *ab sofort* – mit bis zum Jahr 2030 in Schritten auf 33 Mrd. Euro steigenden Mehrkosten zu erreichen.

